



An den Grossen Rat

16.5515.02

Petitionskommission
Basel, 24. Mai 2017

Kommissionsbeschluss vom 24. Mai 2017

Petition P 359 betreffend "Es reicht! Für mehr Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Kleinbasel"

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt hat in seiner Sitzung vom 9. November 2016 die Petition betreffend „Es reicht! Für mehr Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Kleinbasel“ (Geschäfts-Nr. 16.5515.01) der Petitionskommission zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen.

1. Wortlaut der Petition¹

Als langjähriger Polizeibeamter, Detektiv der Kriminalpolizei und Vorstandsmitglied der SVP Basel-Stadt werde ich immer wieder auf die Problematik mangelnder Sicherheit und Sauberkeit in unserer Stadt angesprochen. Raubüberfälle, Körperverletzungen, Schlägereien, Einbrüche, Entreissdiebstähle, sexuelle Übergriffe, Brandstiftungen, unbewilligte Demonstrationen, Dreck und Lärm. Das alles beeinträchtigt das Leben in unserer Stadt. Viele Bewohner jeglichen Alters und Geschlechts, insbesondere aus dem Kleinbasel, trauen sich bei Dunkelheit und vermehrt auch tagsüber kaum mehr auf die Strasse.

Keine Sparmassnahmen und eine Aufstockung der Sicherheitspolizei

In die Sicherheit muss sofort mehr investiert werden, damit man sich wie früher überall und zu jeder Zeit auf dem ganzen Kantonsgebiet, vor allem aber auch im Kleinbasel, ANGSTFREI aufhalten kann.

Die Unterzeichnenden fordern vor allem an den neuralgischen Punkten, aber auch in den Aussenquartieren, täglich während 24 Stunden verstärkte Polizeipräsenz durch Fusspatrouillen. Nur so können die kriminellen Übergriffe und Sachbeschädigungen künftig reduziert werden.

Straftaten müssen verhindert und konsequent verfolgt und ausländische Täter ausgeschafft werden.

¹ Petition P 359 betreffend „Es reicht! Für mehr Sicherheit, Ruhe und Ordnung im Kleinbasel“, Geschäfts-Nr. 16.5515.01.

2. Abklärungen der Petitionskommission

2.1 Hearing vom 27. März 2017

Am Hearing nahmen teil: Ein Mitglied der SVP Kleinbasel als Vertreter der Petentschaft und der Abteilungsleiter Sicherheitspolizei sowie der Leiter Bezirk Kleinbasel, beide von der Kantonspolizei Basel-Stadt, als Vertretende der Verwaltung.

2.1.1 Das Anliegen der Petentschaft

Die Petentschaft wünscht sich an den neuralgischen Punkten, aber auch in den Aussenquartieren, täglich während 24 Stunden eine verstärkte Polizeipräsenz durch Fusspatrouillen. Nur auf diese Weise können aus Sicht der Petentschaft kriminelle Übergriffe und Sachbeschädigungen in Zukunft reduziert werden. Straftaten müssen verhindert oder konsequent verfolgt und ausländische Straftäter ausgeschafft werden. Auch die Richter seien in der Verantwortung, diesem Volksbegehren Folge zu leisten und den ihnen zur Verfügung stehenden Ermessensspielraum zu Gunsten der Opfer auszuschöpfen.

Der in den letzten Jahren erfolgte Personalabbau bei der Basler Polizei soll rückgängig gemacht werden. Unterdessen wurden die meisten Polizeiposten in den Quartieren geschlossen und es gebe keine Quartierpolizisten mehr, dieser Abbau sei ein Fehler. Die Polizisten des sogenannten „Community Policing“ würden letztlich dem einzelnen Bürger nichts bringen. Die Polizei sollte insgesamt in den Quartieren wieder präsenter sein. Die Investitionen bei der Sicherheitspolizei sollten deswegen erhöht werden, wie dies auch in den umliegenden Ländern aktuell geschehe.

Der Vertreter der Petentschaft führt am Hearing weiter aus, dass er als pensionierter Polizist die Sorgen und Ängste der Bevölkerung kenne. Er wohne im Kleinbasel und habe in seiner Wohnstrasse in den vergangenen Jahren noch nie eine Fusspatrouille der Polizei gesehen. Auch treffe er beispielsweise in der Nacht auf dem Claraplatz nie Polizisten an. Die Leute hätten zunehmend Angst am Abend und in der Nacht zu Fuss durch die Stadt zu gehen und würden deswegen ein Taxi nach Hause nehmen. Er habe sogar den Eindruck, dass die Basler Polizei manchmal selber Angst habe, an gewissen Orten zu Fuss unterwegs zu sein.

Die Polizei leiste aus seiner Sicht insgesamt gute Arbeit, früher fanden aber seiner Meinung nach mehr Fusspatrouillen statt, sowohl am Tag wie auch in der Nacht. Die Polizei habe früher mit der Bevölkerung, den Geschäftsleuten und den Gastronomen einen direkten Kontakt gepflegt. Heute scheine die Polizei eine bewusste Distanz zur Bevölkerung zu pflegen. Auch heute könnten Pausen in einem Restaurant oder Café gemacht werden, damit ein Austausch zwischen Bevölkerung und Polizei stattfindet.

2.2 Argumente der beiden Vertreter der Kantonspolizei Basel-Stadt

Der Abteilungsleiter Sicherheitspolizei stellt fest, dass die Petition sehr viele Aspekte der Polizeiarbeit aufgreift. Die Themen Strafverfolgung und Massnahmenumsetzung des Ausländergesetzes sollen in den folgenden Erläuterungen ausgeklammert werden, da sie nicht in den Zuständigkeitsbereich der Polizei fallen.

Als mögliche Informationsbasis zur Entwicklung von Kriminalität könne die Kriminalstatistik beigezogen werden. Gemäss diesen Daten sei in den letzten sechs Jahren (2009 bis 2015) in unterschiedlichen Deliktfeldern² keine Zunahme feststellbar, vielmehr sei die Entwicklung stabil. Als möglicher Parameter könne auch ein Vergleich der Polizeidichte verschiedener Städte oder Regionen dienen, hingegen lasse sich aus einem solchen Zahlenvergleich, aufgrund ganz unterschiedlicher Ausgangslagen, nur begrenzt Rückschlüsse ziehen.

² Der Abteilungsleiter Sicherheitspolizei führt folgende Deliktfelder an: Gewaltstraftaten, Delikte häuslicher Gewalt, Delikte Leib und Leben, Delikte gegen die Freiheit, Sexualdelikte, Delikte gegen das Vermögen, Einbruchdiebstahl, Raub.

Die Kantonspolizei Basel-Stadt verfügt über rund 675 bewaffnete Korpsangehörige (bei diesen wird zwischen sogenannten gebundenen und ungebundenen Einsatzmittel unterschieden) und 85 Sicherheitsassistenten³. Zu den uniformierten gebundenen Einsatzmittel werden hauptsächlich die Sicherheitspolizei, das „Community Policing“, die Verkehrspolizei und die Sicherheitsassistenten Fachbereich Verkehr gezählt. Diese führen einen fixen Grundauftrag aus, der den grössten Teil der Arbeitsvolumen einnimmt. Daneben verbleibe etwas Zeit für ungebundene Aktivitäten, die lagebedingt erfolgen. Zu den uniformierten ungebundenen Einsatzmitteln gehören im Speziellen der Einsatzzug, das Einsatzelement Brennpunkt, die Spezialinterventionen und die Diensthundegruppe. Die zivilen Einsatzmittel bilden eine dritte Gruppe, zu dieser gehören beispielsweise der Fahndungsdienst und die Jugend- und Präventionspolizei.

Die Sicherheitspolizei teile sich auf die zwei Bezirke Gross- und Kleinbasel auf. Zum Bezirk Kleinbasel werden auch die beiden Gemeinden Riehen und Bettingen gezählt. Neben dem Tagesgeschäft beschäftigt die Kantonspolizei als ständige Themen im Kleinbasel zum Beispiel die Situation am Rheinbord („Ripa forte“⁴), die Drogenkriminalität, die Toleranzzone, die Präsenz am Claraplatz und der neue Entwicklungsrichtplan Innenstadt. Im Weiteren handle es sich bei der Beobachtung und Analyse der Situation auf dem Kantonsgebiet um einen ständigen Prozess, in den verschiedene Dienststellen der Kantonspolizei involviert sind. Auch bestehen zwischen der Kantonspolizei Basel-Stadt und weiteren kantonalen Departementen Arbeitsgruppen und Kooperationen, welche in unterschiedlichen Themenfeldern die Entwicklung in den Quartieren verfolgen und steuern. Bestimmte Veränderungen können nicht von der Polizei allein begleitet werden, beispielsweise die Belebung der Rheingasse. Hier werde der Austausch mit den anderen involvierten Departementen gesucht und gemeinsame Absprachen finden statt.

Zur Stärkung der Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit habe die Kantonspolizei in den letzten Jahren mehrere Massnahmen umgesetzt. Mit dem Grossratsentscheid vom 19. Oktober 2011 wurde ab 2012 das Polizeikorps um 45 Stellen aufgestockt, damit erhielten die ungebundenen Einsatzmittel Verstärkung. Einzelne Aufgabenbereiche, die bisher von Polizistinnen und Polizisten ausgeführt wurden, werden neu durch Sicherheitsassistenten mit besonderen Aufgaben ausgeführt. Auch wurden die Schalteröffnungszeiten der Polizeiwachen reduziert, heute ist nur noch die Polizeiwache Clara 24 Stunden für Anzeigen geöffnet⁵. Weiter werde die Präsenz gestärkt durch die Einführung von „Suisse ePolice“⁶, das kantonale Projekt „Kapo 2016“⁷ und die neu geregelte Zusammenarbeit mit dem Grenzwachtkorps⁸. Der Abteilungsleiter Sicherheitspolizei streicht heraus, dass in den letzten Jahren netto kein Personalabbau stattgefunden habe und momentan keine Sparmassnahmen bei den operativen Einheiten geplant seien.

Zur Frage der Fusspatrouillen äusserte sich der Leiter Sicherheitspolizei dahingehend, dass vor vielen Jahren aufgrund der zahlreichen Standorte in der Stadt und der kaum vorhandenen Fahrzeuge tatsächlich sehr viele Fusspatrouillen durchgeführt wurden. Seit längerem seien die Fälle jedoch dynamischer, die Anforderungen höher und die Quartiere grösser – deswegen werde in den meisten Fällen grundsätzlich mit dem Fahrzeug (Auto oder Velo) ausgerückt. Die

³ Die Sicherheitsassistenten sind grundsätzlich für Einsätze im gesamten Bereich ruhender Verkehr ausgebildet. Innerhalb dieser Ausbildung werden auch sicherheitspolizeiliche Aspekte vermittelt, beispielsweise wie eine Festnahme zu erfolgen hat. Die Sicherheitsassistenten sollen situationsgerechte Unterstützung bieten können und mit dem System vertraut sein, sie verfügen über die entsprechenden polizeilichen Befugnisse. Bewaffnete Sicherheitsassistenten werden aus den bestehenden Sicherheitsassistenten Fachbereich Verkehr rekrutiert. Diese absolvieren eine interne Weiterbildung und erhalten eine spezifische Schulung für die neue Aufgabe. Bewaffnete Sicherheitsassistenten können in spezifischen Bereichen Tätigkeiten übernehmen, die bis anhin von Polizistinnen und Polizisten durchgeführt wurden. Neurekrutierungen erfolgen dann wiederum bei den Sicherheitsassistenten Verkehr.

⁴ In der Arbeitsgruppe „Ripa Forte“ werden Problematiken und Lösungen im Bereich des Kleinbasler Rheinufers verhandelt. Die Arbeitsgruppe, die sich aus Anwohnerinnen und Anwohner, Interessenvertreterinnen und -Vertreter sowie Verwaltungsstellen zusammensetzt, trifft sich mehrmals im Jahr. Das „Community Policing“ der Kantonspolizei Basel-Stadt nehme hierbei eine wichtige Drehscheibenfunktion ein.

⁵ Dringliche Anzeigen, die polizeiliche Sofortmassnahmen erfordern, werden auch auf der Polizeiwache Kannenfeld entgegengenommen.

⁶ „Suisse ePolice“ ist eine zentrale Meldeplattform für die Onlineerfassung von Meldungen. Sie ergänzt das Dienstleistungsangebot eines Polizeipostens mit einem nutzerfreundlichen Webportal. Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt können seit dem 1. Juni 2016 rund um die Uhr selber Anzeigen beim Online-Polizeiposten aufgeben. Weitere Informationen: <https://suisse-epolice.ch/epolice/>

⁷ Mit dem Projekt „Kapo „2016“ sollen die Prozesse der Kantonspolizei optimiert, die administrative Arbeit der Polizistinnen und Polizisten halbiert, die Datenerfassung und -auswertung einen Innovationsschub erfahren und damit die polizeiliche Präsenz auf der Strasse – ohne Nettoerhöhung der finanziellen Mittel – ausgebaut werden. Der Grosse Rat stimmte dem Ratschlag der Regierung (Geschäfts-Nr. 15.1399.01) in seiner Sitzung vom 13. April 2016 zu.

⁸ Das Grenzwachtkorps ist dem Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) angegliedert.

Patrouillen seien zudem vielfach auf ihre Fahrzeuge angewiesen, da in diesen alles notwendige Equipment für einen Einsatz mitgeführt werden könne. Die Patrouillen sollen jedoch im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Fahrzeugpatrouillen unterbrechen und Fusspatrouillen durchführen. Dies insbesondere auch in der Innenstadt und in belebten Quartieren. In diesen Stadtgebieten ist das neu geschaffene „Einsatzelement Brennpunkt“ stark mit Fusspatrouillen präsent (dies vor allem an den Wochenenden in den Innenstadtzonen in Gross- und Kleinbasel). Zusätzlich werden durch die Mitarbeitenden der Polizeiposten Gundeldingen, Spiegelhof, Riehen und SBB regelmässig von ihren Standorten aus Fusspatrouillen durchgeführt.

Mit den zur Verfügung stehenden Analysemöglichkeiten könne die Kantonspolizei gezielt Schwerpunkte setzen. Demgemäss mache es wenig Sinn, in einem Quartier, in dem nie etwas passiert, Präsenz zu zeigen und dafür andere Orte, an denen eine Präsenz notwendig sei, zu vernachlässigen. Nach wie vor seien täglich Fusspatrouillen unterwegs, auch in Riehen. Der Abteilungsleiter Sicherheitspolizei streicht heraus, dass es in Basel keine Gebiete gebe, welche von der Polizei nicht besucht werden. Werde der Besuch eines Gebietes als riskant eingestuft, gehen beispielsweise zwei Patrouillen gemeinsam vorbei.

Im Sinn des ehemaligen Quartierpolizisten würden heute Polizisten vom „Community Policing“ als Ansprechpersonen zur Verfügung stehen. Damit gemeint ist eine gemeinschaftsorientierte und bürgernahe Polizeiarbeit, die als Schnittstelle zu Quartieranliegen funktioniert. Die Aufgabe dieser Polizisten sei es, sich bei kleineren Konflikten in den Quartieren deeskalierend und vermittelnd einzubringen. Hierbei handle es sich um ein relativ offenes Arbeitsfeld, die zuständigen Polizisten seien entsprechend gut ausgelastet. Der Bereich „Community Policing“ verfüge auch über ein eigenes Infomobil, mit welchem nachmittags unter der Woche verschiedene Quartiere und Plätze besucht werden. Mit dieser „mobilen Polizeiwache“ zeige die Polizei Präsenz im Quartier.

3. Erwägungen der Petitionskommission

Gegenüber der Petitionskommission führten die beiden Vertreter der Kantonspolizei Basel-Stadt am Hearing aus, dass sich die Sicherheitslage in den letzten sechs Jahren in der Stadt Basel nicht nachteilig verändert habe, die Entwicklung sei stabil. Im Nachgang zum Hearing zeigt sich jedoch auch, dass die Stadt Basel gemäss den jüngsten Kennzahlen der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS)⁹ im Zusammenhang mit Gewalt- und Vermögensstraftaten im nationalen Vergleich sehr hohe Häufigkeitszahlen aufweist. Bei der Interpretation dieser Zahlen muss hingegen auch beachtet werden, dass Basel als Stadt ein Knotenpunkt menschlicher Aktivitäten bildet. Deswegen übersteigt die Anzahl Anwesende in der Stadt häufig die Anzahl der offiziell gemeldeten Einwohnerinnen und Einwohner, was einen Einfluss auf die Häufigkeitszahlen habe. Allgemein lässt sich feststellen, dass alle Schweizer Städte in Bezug auf Gewaltstraftaten tiefere Häufigkeitszahlen als im Jahr 2009 aufweisen. Tatsächlich hat sich die Sicherheitslage in der Stadt Basel in den letzten Jahren kaum, beziehungsweise tendenziell eher positiv verändert.

Ein Teil der Kommission schätzt das Petikum aufgrund seiner sehr allgemein gehaltenen Themenbreite als eher schwierig ein. Entgegen der Aussage der Petentschaft kam es in den letzten Jahren auch zu keinen Sparmassnahmen bei der Sicherheitspolizei. Durch laufende Massnahmen, wie die Erhöhung des Polizeikorps um 45 Stellen oder das Projekt „Kapo 2016“ wurde und wird die Polizeipräsenz im Gegenteil sogar gestärkt¹⁰. Aufgrund der zur Verfügung stehenden Analysemöglichkeiten könne die Kantonspolizei heute gezielt Schwerpunkte setzen und an den richtigen Orten Präsenz zeigen.

Die Petitionskommission gelangt zum Schluss, dass das subjektive Sicherheitsempfinden, welches sowohl von der Petentschaft wie auch von den Vertretern der Verwaltung angesprochen wurde, eine wichtige Rolle spielt. Die Kommission ist überzeugt, dass die individuelle Wahrnehmung der Sicherheitslage sehr unterschiedlich und subjektiv ausfällt und nicht zwingend

⁹ Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS): Jahresbericht 2016 zum Kanton Basel-Stadt und Jahresbericht 2016 zur gesamten Schweiz.

¹⁰ Ratschlag „Kapo 2016“, Geschäfts-Nr. 15.1399.01, und der im Zusammenhang mit der kantonalen Initiative „für einen sicheren Kanton Basel-Stadt (Sicherheitsinitiative)“, Geschäfts-Nr. 10.0480.01, gefasste Beschluss der Regierung zur Aufstockung des Polizeikorps um 45 Stellen.

mit der realen Sicherheitslage übereinstimmen muss. Die vom Statistischen Amt des Kantons Basel-Stadt durchgeführte Bevölkerungsbefragung 2015 zeigt auf, dass sich die befragten Bewohnerinnen und Bewohner im Vergleich zu den vorherigen Befragungen im Alltag weniger sicher fühlen. Legt man jedoch den Fokus auf den Wahlkreis Kleinbasel, hat sich dort das Sicherheitsgefühl (in der Nacht) seit 2005 nicht verändert. Hingegen sei das Sicherheitsempfinden in den Gemeinden Riehen und Bettingen im Vergleich zu 2011 deutlich gesunken. Aus der Bevölkerungsbefragung lässt sich weiter schliessen: Je jünger eine Person ist, desto sicherer fühlt sie sich abends in ihrem Quartier. Die Einschätzung der allgemeinen Sicherheit unterscheide sich demgemäss signifikant nach Altersklassen, Haushaltsformen und Einkommen. So scheinen gerade bei der älteren Bevölkerung, unabhängig von der tatsächlichen Sicherheitslage, Ängste zuzunehmen (ältere, alleinstehende Personen mit tieferem Einkommen fühlen sich eher unsicher). Deshalb stellt sich einem Teil der Kommission die Frage, ob sich die Polizei nicht auch bemühen sollte, bestehende Ängste in der Bevölkerung abzubauen.

Insgesamt zeigt sich die Kommission nach dem Hearing überzeugt, dass sich die Kantonspolizei mit dem Thema der Präsenz und ihrer Rolle als Ansprechpartnerin aktiv auseinander setzt. Optimierungspotential sieht die Petitionskommission hinsichtlich der Frage, wie weit die Polizei als Ansprechpartnerin in der Öffentlichkeit funktioniert. So mache es einen Unterschied, ob einem Polizistinnen und Polizisten in einem Auto oder zu Fuss begegnen. Hier scheint ein angemessener Mix zwischen Fahrzeug- und Fusspatrouillen die richtige Antwort zu liefern. Ein wichtiger Bereich bildet in diesem Zusammenhang aus Sicht der Kommission das „Community Policing“. Diese Aktivität der Kantonspolizei bilde gewissermassen einen Ersatz für den ehemaligen Quartierpolizisten und die aufgehobenen Polizeiwachen in den Quartieren. Die einzelnen Polizisten vom „Community Policing“ fungieren als Ansprechpartner in den einzelnen Quartieren. Die Kommission erachtet die Aktivitäten des „Community Policing“ aufgrund des direkten Kontaktes zur Bevölkerung als sehr wertvoll und wichtig. Bei einem allfälligen weiteren personellen Ausbau des Polizeikorps Basel-Stadt sollte deswegen aus Sicht der Kommission auch ein möglicher Ausbau der „Community Policing“ Aktivitäten in Betracht gezogen werden.

4. Antrag

Die Petitionskommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig, vorliegende Petition als erledigt zu erklären.

Im Namen der Petitionskommission



Anita Lachenmeier
Präsidentin